

1954	Ausgegeben zu Bonn am 16. August 1954	Nr. 26
------	---------------------------------------	--------

Tag	Inhalt:	Seite
9. 8. 54	Zweites Gesetz zur Ergänzung des Zuckergesetzes	255
10. 8. 54	Zweites Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die vorläufige Regelung der Errichtung neuer Apotheken	256
12. 8. 54	Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Herkunftsbezeichnung des Hopfens	256
12. 8. 54	Gesetz über die steuerliche und sozialversicherungsrechtliche Behandlung von Kindergeld ...	257
13. 8. 54	Bekanntmachung über den Schutz von Erfindungen, Mustern und Warenzeichen auf Ausstellungen	257
11. 8. 54	Elfte Durchführungsverordnung über Ausgleichsabgaben nach dem Lastenausgleichsgesetz (11. AbgabenDV-LA — Zeitwertverordnung)	258
14. 8. 54	Sechste Verordnung zur Änderung der Durchführungsbestimmungen zum Umsatzsteuergesetz	262

In Teil II Nr. 15, ausgegeben am 12. August 1954, sind veröffentlicht: Gesetz über den Beitritt der Bundesrepublik Deutschland zu der Konvention vom 9. Dezember 1948 über die Verhütung und Bestrafung des Völkermordes. — Bekanntmachung über die Wiederanwendung deutsch-finnischer Vorkriegsverträge. — Berichtigung der Vereinbarung über die Regelung der Schweizerfranken-Grundschulden.

Zweites Gesetz zur Ergänzung des Zuckergesetzes.

Vom 9. August 1954.

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Das Gesetz über den Verkehr mit Zucker (Zuckergesetz) vom 5. Januar 1951 (Bundesgesetzbl. I S. 47) in der Fassung des Gesetzes zur Ergänzung und Abänderung des Zuckergesetzes vom 3. Oktober 1951 (Bundesgesetzbl. I S. 852) wird wie folgt ergänzt:

§ 5 erhält folgenden Absatz 1a:

„(1a) Der Bundesminister kann zur Sicherstellung einer ausgeglichenen Versorgung und eines geregelten Marktablaufs den Zuckerfabriken, Zuckerraffinerien und Einführern im Rahmen der hierfür im Haushalt bereitgestellten Mittel Auflagen zur Einlagerung von Zucker, der aus dem Ausland eingeführt oder aus sonstigen Gebieten in das Bundesgebiet verbracht worden ist sowie von Inlandzucker, soweit er bis zum Ende des Er-

zeugungsjahres (Zuckerwirtschaftsjahres) nicht freigegeben worden ist, erteilen. Der Bundesminister kann die Befugnis zur Erteilung dieser Auflagen der Einfuhrstelle für Zucker (§ 8) übertragen. Die Kosten der Lagerhaltung sind von der Einfuhrstelle für Zucker nach Richtlinien, die der Bundesminister im Einvernehmen mit dem Bundesminister für Wirtschaft erläßt, zu erstatten, soweit diese Kosten nicht bereits bei der Preisfestsetzung berücksichtigt sind.“

Artikel 2

Dieses Gesetz gilt nach Maßgabe des § 13 Abs. 1 des Dritten Überleitungsgesetzes vom 4. Januar 1952 (Bundesgesetzbl. I S. 1) auch im Land Berlin.

Artikel 3

Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit verkündet.

Bonn, den 9. August 1954.

Der Bundespräsident
Theodor Heuss

Der Stellvertreter des Bundeskanzlers
Blücher

Der Bundesminister für Ernährung,
Landwirtschaft und Forsten
Lübke

Zweites Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die vorläufige Regelung der Errichtung neuer Apotheken.

Vom 10. August 1954.

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

§ 1

In § 3 Abs. 1 des Gesetzes über die vorläufige Regelung der Errichtung neuer Apotheken vom 13. Januar 1953 (Bundesgesetzbl. I S. 9) in der Fassung des Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über die vorläufige Regelung der Errichtung neuer Apotheken vom 4. Juli 1953 (Bundesgesetzbl. I S. 469) werden die Worte „am 30. September 1954“ ersetzt durch die Worte „am 31. Dezember 1955“.

§ 2

Dieses Gesetz gilt nach Maßgabe des § 13 Abs. 1 des Dritten Überleitungsgesetzes vom 4. Januar 1952 (Bundesgesetzbl. I S. 1) auch im Lande Berlin.

§ 3

Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit verkündet.

Bonn, den 10. August 1954.

Der Bundespräsident
Theodor Heuss

Der Stellvertreter des Bundeskanzlers
Blücher

Der Bundesminister des Innern
Dr. Schröder

Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Herkunftsbezeichnung des Hopfens.

Vom 12. August 1954.

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

§ 25 und § 27 Abs. 2 des Gesetzes über die Herkunftsbezeichnung des Hopfens vom 9. Dezember 1929 (Reichsgesetzbl. I S. 213) werden gestrichen.

Artikel 2

Dieses Gesetz gilt nach Maßgabe des § 13 Abs. 1 des Dritten Überleitungsgesetzes vom 4. Januar 1952 (Bundesgesetzbl. I S. 1) auch im Lande Berlin.

Artikel 3

Dieses Gesetz tritt mit dem Tage der Verkündung in Kraft.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit verkündet.

Bonn, den 12. August 1954.

Der Bundespräsident
Theodor Heuss

Der Stellvertreter des Bundeskanzlers
Blücher

Der Bundesminister für Ernährung,
Landwirtschaft und Forsten
Lübke

Gesetz über die steuerliche und sozialversicherungsrechtliche Behandlung von Kindergeld.

Vom 12. August 1954.

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

§ 1

Für Einrichtungen von Wirtschafts- und Berufsgruppen oder Teilen von solchen zum Ausgleich der Familienlast Kinderreicher (Familienausgleichskassen) und für ähnliche Regelungen gelten folgende Vorschriften:

1. Leistungen für Kinder, die zusätzlich allein im Hinblick auf die Zahl der Kinder gewährt werden (Kindergeld), sind beim Empfänger steuerfrei und gelten nicht als Einkommen, Verdienst oder Entgelt im Sinne der Sozialversicherung und Arbeitslosenversicherung, soweit sie für das dritte und jedes weitere Kind gewährt werden, für das Kinderermäßigung nach § 32 Abs. 4 Nr. 2 bis 4 oder § 39 Abs. 4 Nr. 2 bis 4 des Einkommensteuergesetzes zusteht oder gewährt wird, und 20 Deutsche Mark monatlich für jedes dieser Kinder nicht übersteigen und wenn sie gezahlt werden
 - a) durch Familienausgleichskassen, die von Arbeitgebern zum Zweck der Zahlung von Kindergeld an ihre Arbeitnehmer unterhalten werden,
 - b) durch private Arbeitgeber auf Grund von Betriebsvereinbarungen, Tarifverträgen, Tarifordnungen oder sonstigen betrieblichen Regelungen,
 - c) durch Einrichtungen, die zum Zweck der Zahlung von Kindergeld an Angehörige einer Wirtschafts- oder Berufsgruppe, die nicht Arbeitnehmer sind, unterhalten werden
2. In den Fällen von Nummer 1 Buchstabe c ist Voraussetzung der Steuerfreiheit und Beitragsfreiheit, daß die bezeichneten Einrichtungen vom Bundesminister der Finanzen im Beneh-

men mit dem Bundesminister für Arbeit anerkannt worden sind. Die Befugnis zur Anerkennung kann auf andere Stellen übertragen werden.

3. Beiträge an Einrichtungen im Sinne von Nummer 1 Buchstabe c können bei der Ermittlung des Einkommens nach den Vorschriften des Einkommensteuergesetzes als Sonderausgabe abgezogen werden, soweit sie zur Zahlung von Kindergeld im Rahmen von Nummer 1 erforderlich sind.

§ 2

Dieses Gesetz gilt nach Maßgabe des § 12 Abs. 1 und des § 13 Abs. 1 des Dritten Überleitungsgesetzes vom 4. Januar 1952 (Bundesgesetzbl. I S. 1) auch im Lande Berlin.

§ 3

Dieses Gesetz tritt mit Wirkung vom 1. Juli 1954 in Kraft, auf dem Gebiet der Sozialversicherung jedoch erst mit dem Beginn des ersten auf die Verkündung dieses Gesetzes folgenden Zeitabschnitts, welcher der Berechnung der Beiträge zugrunde zu legen ist.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit verkündet.

Bonn, den 12. August 1954

Der Bundespräsident
Theodor Heuss

Der Stellvertreter des Bundeskanzlers
Blücher

Für den Bundesminister der Finanzen
Der Bundesminister
für wirtschaftliche Zusammenarbeit
Blücher

Der Bundesminister für Arbeit
Anton Storch

Bekanntmachung über den Schutz von Erfindungen, Mustern und Warenzeichen auf Ausstellungen.

Vom 13. August 1954.

Auf Grund des Gesetzes vom 18. März 1904 betreffend den Schutz von Erfindungen, Mustern und Warenzeichen auf Ausstellungen (Reichsgesetzbl. S. 141) in Verbindung mit Artikel 129 Abs. 1 des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland wird bekanntgemacht:

Der durch das Gesetz vom 18. März 1904 vorgesehene Schutz von Erfindungen, Mustern und Warenzeichen tritt ein für

1. die in der Zeit vom 4. bis 9. September 1954 in Offenbach stattfindende „Internationale Offenbacher Lederwaren-Messe Herbst 1954“;

2. die in der Zeit vom 25. September bis 10. Oktober 1954 in Berlin stattfindende „Deutsche Industrieausstellung Berlin 1954“;
3. die in der Zeit vom 4. bis 9. Oktober 1954 in München stattfindende „Ausstellung anlässlich der 30. Tagung der Deutschen Gesellschaft für Gynäkologie“;
4. die in der Zeit vom 28. Oktober bis 7. November 1954 in Berlin stattfindende „Deutsche Gastwirts- und Konditorenmesse Berlin 1954“.

Bonn, den 13. August 1954.

Der Bundesminister der Justiz
In Vertretung
Strauß

**Elfte Durchführungsverordnung
über Ausgleichsabgaben nach dem Lastenausgleichsgesetz
(11. AbgabenDV-LA — Zeitwertverordnung).**

Vom 11. August 1954.

Auf Grund des § 77 Abs. 2 in Verbindung mit § 367 des Lastenausgleichsgesetzes vom 14. August 1952 (Bundesgesetzbl. I S. 446) verordnet die Bundesregierung mit Zustimmung des Bundesrates:

§ 1

**Zeitwert noch nicht fälliger,
gleichbleibender Vierteljahrsbeträge**

Sind die Vierteljahrsbeträge auf die Vermögensabgabe von dem auf den maßgebenden Zeitpunkt folgenden gesetzlichen Fälligkeitstermin ab bis zum Ende der Laufzeit (31. März 1979) in gleichbleibender Höhe zu entrichten, so ist ihr Zeitwert nach der als Anlage zu dieser Verordnung abgedruckten Tabelle zu berechnen. Die Vierteljahrsbeträge sind mit dem Betrag anzusetzen, der sich nach Abzug der Minderungsbeträge (§ 3) und unter Berücksichtigung des § 4 ergibt.

§ 2

**Zeitwert noch nicht fälliger,
nicht gleichbleibender Vierteljahrsbeträge**

Sind die Vierteljahrsbeträge auf die Vermögensabgabe mit dem nach § 1 anzusetzenden Betrag in dem dort genannten Zeitraum nicht in gleichbleibender Höhe zu entrichten, so ist ihr Zeitwert wie folgt zu berechnen:

1. Für Zeitpunkte ab 11. Februar 1952

Von dem sich nach § 1 vor Abzug der Minderungsbeträge ergebenden Zeitwert ist der Zeitwert der vierteljährlichen Minderungsbeträge abzusetzen, der wie folgt zu ermitteln ist:

- a) Wenn die nächstfälligen Vierteljahrsbeträge gemindert sind durch Vervielfältigung der vierteljährlichen Minderungsbeträge mit dem Vervielfältiger, der sich aus der Anzahl der vierteljährlichen Minderungsbeträge ergibt;
- b) wenn später fällig werdende Vierteljahrsbeträge gemindert sind durch Vervielfältigung der vierteljährlichen Minderungsbeträge mit der Unterschiedszahl, die sich aus der Gegenüberstellung des Vervielfältigers für die Zahl der Raten vom Anfangszeitpunkt bis zum Ende des Minderungszeitraums mit dem Vervielfältiger für die Zahl der Raten vom Anfangszeitpunkt bis zum Beginn des Minderungszeitraums ergibt. Anfangszeitpunkt ist der Zeitpunkt, auf den der Zeitwert festgestellt werden soll.

2. Für Zeitpunkte vom 21. Juni 1948 bis 10. Februar 1952

Es ist der Zeitwert vom 10. Mai 1952 nach Nummer 1 zu ermitteln. Im Falle der Nummer 1 Buchstabe b ist bei Ermittlung der Zahl der Raten vom

10. Mai 1952 als Anfangszeitpunkt auszugehen. Der sich hiernach ergebende Zeitwert ist anzusetzen

für die Zeitpunkte	mit v. H.
vom 21. Juni 1948	
bis 10. August 1948	81,48
vom 11. August 1948	
bis 10. November 1948	82,60
vom 11. November 1948	
bis 10. Februar 1949	83,73
vom 11. Februar 1949	
bis 10. Mai 1949	84,88
vom 11. Mai 1949	
bis 10. August 1949	86,05
vom 11. August 1949	
bis 10. November 1949	87,24
vom 11. November 1949	
bis 10. Februar 1950	88,43
vom 11. Februar 1950	
bis 10. Mai 1950	89,65
vom 11. Mai 1950	
bis 10. August 1950	90,88
vom 11. August 1950	
bis 10. November 1950	92,13
vom 11. November 1950	
bis 10. Februar 1951	93,40
vom 11. Februar 1951	
bis 10. Mai 1951	94,68
vom 11. Mai 1951	
bis 10. August 1951	95,99
vom 11. August 1951	
bis 10. November 1951	97,31
vom 11. November 1951	
bis 10. Februar 1952	98,64.

§ 3

Minderungsbeträge

(1) Minderungsbeträge im Sinne dieser Verordnung sind alle Minderungen gegenüber dem ursprünglichen Vierteljahrsbetrag (Absatz 2) mit Ausnahme der auf Grund der Vergünstigungen nach § 4 abgezogenen, gestundeten oder erlassenen Beträge. Das gilt insbesondere für Minderungen auf Grund der §§ 58 bis 60, 62, 64 bis 68, 88 Abs. 2, 199, 201, 202 des Gesetzes und der dazugehörigen Durchführungsverordnungen sowie für Minderungen auf Grund der §§ 47 bis 56 des Bundesvertriebenengesetzes.

(2) Ursprünglicher Vierteljahrsbetrag im Sinne dieser Verordnung ist der Vierteljahrsbetrag, der sich unmittelbar durch Anwendung der Vierteljahrsätze des § 36 Abs. 1 oder 2 des Gesetzes auf die verbleibende Abgabeschuld (§ 33 des Gesetzes) ergibt.

§ 4

Nichtberücksichtigung von Vergünstigungen

Im Falle einer Familienermäßigung (§§ 53, 53 a des Gesetzes), einer Stundung auf Lebenszeit wegen Alters oder Erwerbsunfähigkeit (§ 54 des Gesetzes) oder eines Erlasses aus sozialen Gründen (§ 55 des Gesetzes) ist der Zeitwertberechnung der Vierteljahrsbetrag zugrunde zu legen, der sich ohne Berücksichtigung der genannten Vergünstigungen ergeben würde.

§ 5

Fälligkeit

Für die Fälligkeit der Vierteljahrsbeträge sind die im Gesetz bestimmten Fälligkeitstermine maßgebend. Stundungen sowie die Verlegung des am

Bonn, den 11. August 1954.

Der Stellvertreter des Bundeskanzlers
Blücher

Für den Bundesminister der Finanzen
Der Bundesminister
für wirtschaftliche Zusammenarbeit
Blücher

10. August fälligen Vierteljahrsbetrags auf den 10. November nach § 49 Satz 2 des Gesetzes sind außer Betracht zu lassen.

§ 6

Anwendung der Verordnung in Berlin (West)

Diese Verordnung gilt nach § 14 des Dritten Überleitungsgesetzes vom 4. Januar 1952 (Bundesgesetzblatt I S. 1) in Verbindung mit § 374 des Lastenausgleichsgesetzes auch in Berlin (West).

§ 7

Inkrafttreten

Diese Verordnung tritt am Tage nach ihrer Verkündung in Kraft. Sie ist für alle Zeitpunkte nach dem 20. Juni 1948 anzuwenden.

Anlage

Tabelle

für die Berechnung des Zeitwerts der Vierteljahrsbeträge auf die Vermögensabgabe

Zur Ermittlung des Zeitwerts ist der Vierteljahrsbetrag zu vervielfältigen

für Zeitpunkte	entsprechend einer Zahl von noch nicht fälligen Vierteljahrsbeträgen	mit dem Vervielfältiger
vom 21. Juni 1948 bis 10. August 1948	108	46,33
vom 11. August 1948 bis 10. November 1948	108	46,97
vom 11. November 1948 bis 10. Februar 1949	108	47,61
vom 11. Februar 1949 bis 10. Mai 1949	108	48,26
vom 11. Mai 1949 bis 10. August 1949	108	48,93
vom 11. August 1949 bis 10. November 1949	108	49,60
vom 11. November 1949 bis 10. Februar 1950	108	50,28
vom 11. Februar 1950 bis 10. Mai 1950	108	50,97
vom 11. Mai 1950 bis 10. August 1950	108	51,67
vom 11. August 1950 bis 10. November 1950	108	52,39
vom 11. November 1950 bis 10. Februar 1951	108	53,11
vom 11. Februar 1951 bis 10. Mai 1951	108	53,84
vom 11. Mai 1951 bis 10. August 1951	108	54,58
vom 11. August 1951 bis 10. November 1951	108	55,33
vom 11. November 1951 bis 10. Februar 1952	108	56,09
vom 11. Februar 1952 bis 10. Mai 1952	108	56,86
vom 11. Mai 1952 bis 10. August 1952	107	56,62
vom 11. August 1952 bis 10. November 1952	106	56,39
vom 11. November 1952 bis 10. Februar 1953	105	56,15
vom 11. Februar 1953 bis 10. Mai 1953	104	55,91
vom 11. Mai 1953 bis 10. August 1953	103	55,67
vom 11. August 1953 bis 10. November 1953	102	55,42

für Zeitpunkte	entsprechend einer Zahl von noch nicht fäl- ligen Viertel- jahrsbeträgen	mit dem Verviel- fältiger
vom 11. November 1953 bis 10. Februar 1954	101	55,17
vom 11. Februar 1954 bis 10. Mai 1954	100	54,91
vom 11. Mai 1954 bis 10. August 1954	99	54,65
vom 11. August 1954 bis 10. November 1954	98	54,39
vom 11. November 1954 bis 10. Februar 1955	97	54,12
vom 11. Februar 1955 bis 10. Mai 1955	96	53,85
vom 11. Mai 1955 bis 10. August 1955	95	53,58
vom 11. August 1955 bis 10. November 1955	94	53,30
vom 11. November 1955 bis 10. Februar 1956	93	53,02
vom 11. Februar 1956 bis 10. Mai 1956	92	52,74
vom 11. Mai 1956 bis 10. August 1956	91	52,45
vom 11. August 1956 bis 10. November 1956	90	52,16
vom 11. November 1956 bis 10. Februar 1957	89	51,86
vom 11. Februar 1957 bis 10. Mai 1957	88	51,56
vom 11. Mai 1957 bis 10. August 1957	87	51,26
vom 11. August 1957 bis 10. November 1957	86	50,95
vom 11. November 1957 bis 10. Februar 1958	85	50,63
vom 11. Februar 1958 bis 10. Mai 1958	84	50,32
vom 11. Mai 1958 bis 10. August 1958	83	49,99
vom 11. August 1958 bis 10. November 1958	82	49,67
vom 11. November 1958 bis 10. Februar 1959	81	49,34
vom 11. Februar 1959 bis 10. Mai 1959	80	49,00
vom 11. Mai 1959 bis 10. August 1959	79	48,66
vom 11. August 1959 bis 10. November 1959	78	48,32
vom 11. November 1959 bis 10. Februar 1960	77	47,97
vom 11. Februar 1960 bis 10. Mai 1960	76	47,61
vom 11. Mai 1960 bis 10. August 1960	75	47,25
vom 11. August 1960 bis 10. November 1960	74	46,89
vom 11. November 1960 bis 10. Februar 1961	73	46,52
vom 11. Februar 1961 bis 10. Mai 1961	72	46,15
vom 11. Mai 1961 bis 10. August 1961	71	45,77
vom 11. August 1961 bis 10. November 1961	70	45,38
vom 11. November 1961 bis 10. Februar 1962	69	44,99
vom 11. Februar 1962 bis 10. Mai 1962	68	44,60
vom 11. Mai 1962 bis 10. August 1962	67	44,20
vom 11. August 1962 bis 10. November 1962	66	43,79
vom 11. November 1962 bis 10. Februar 1963	65	43,38
vom 11. Februar 1963 bis 10. Mai 1963	64	42,96
vom 11. Mai 1963 bis 10. August 1963	63	42,54
vom 11. August 1963 bis 10. November 1963	62	42,11
vom 11. November 1963 bis 10. Februar 1964	61	41,68
vom 11. Februar 1964 bis 10. Mai 1964	60	41,24
vom 11. Mai 1964 bis 10. August 1964	59	40,79
vom 11. August 1964 bis 10. November 1964	58	40,34
vom 11. November 1964 bis 10. Februar 1965	57	39,88
vom 11. Februar 1965 bis 10. Mai 1965	56	39,41
vom 11. Mai 1965 bis 10. August 1965	55	38,94
vom 11. August 1965 bis 10. November 1965	54	38,46
vom 11. November 1965 bis 10. Februar 1966	53	37,98
vom 11. Februar 1966 bis 10. Mai 1966	52	37,48

für Zeitpunkte	entsprechend einer Zahl von noch nicht fäl- ligen Viertel- jahrsbeträgen	mit dem Vervielfältiger
vom 11. Mai 1966 bis 10. August 1966	51	36,99
vom 11. August 1966 bis 10. November 1966	50	36,48
vom 11. November 1966 bis 10. Februar 1967	49	35,97
vom 11. Februar 1967 bis 10. Mai 1967	48	35,45
vom 11. Mai 1967 bis 10. August 1967	47	34,92
vom 11. August 1967 bis 10. November 1967	46	34,39
vom 11. November 1967 bis 10. Februar 1968	45	33,85
vom 11. Februar 1968 bis 10. Mai 1968	44	33,30
vom 11. Mai 1968 bis 10. August 1968	43	32,74
vom 11. August 1968 bis 10. November 1968	42	32,18
vom 11. November 1968 bis 10. Februar 1969	41	31,61
vom 11. Februar 1969 bis 10. Mai 1969	40	31,03
vom 11. Mai 1969 bis 10. August 1969	39	30,44
vom 11. August 1969 bis 10. November 1969	38	29,85
vom 11. November 1969 bis 10. Februar 1970	37	29,25
vom 11. Februar 1970 bis 10. Mai 1970	36	28,63
vom 11. Mai 1970 bis 10. August 1970	35	28,01
vom 11. August 1970 bis 10. November 1970	34	27,38
vom 11. November 1970 bis 10. Februar 1971	33	26,75
vom 11. Februar 1971 bis 10. Mai 1971	32	26,10
vom 11. Mai 1971 bis 10. August 1971	31	25,45
vom 11. August 1971 bis 10. November 1971	30	24,78
vom 11. November 1971 bis 10. Februar 1972	29	24,11
vom 11. Februar 1972 bis 10. Mai 1972	28	23,43
vom 11. Mai 1972 bis 10. August 1972	27	22,74
vom 11. August 1972 bis 10. November 1972	26	22,04
vom 11. November 1972 bis 10. Februar 1973	25	21,32
vom 11. Februar 1973 bis 10. Mai 1973	24	20,60
vom 11. Mai 1973 bis 10. August 1973	23	19,87
vom 11. August 1973 bis 10. November 1973	22	19,13
vom 11. November 1973 bis 10. Februar 1974	21	18,38
vom 11. Februar 1974 bis 10. Mai 1974	20	17,62
vom 11. Mai 1974 bis 10. August 1974	19	16,85
vom 11. August 1974 bis 10. November 1974	18	16,07
vom 11. November 1974 bis 10. Februar 1975	17	15,27
vom 11. Februar 1975 bis 10. Mai 1975	16	14,47
vom 11. Mai 1975 bis 10. August 1975	15	13,66
vom 11. August 1975 bis 10. November 1975	14	12,83
vom 11. November 1975 bis 10. Februar 1976	13	11,99
vom 11. Februar 1976 bis 10. Mai 1976	12	11,14
vom 11. Mai 1976 bis 10. August 1976	11	10,28
vom 11. August 1976 bis 10. November 1976	10	9,41
vom 11. November 1976 bis 10. Februar 1977	9	8,53
vom 11. Februar 1977 bis 10. Mai 1977	8	7,63
vom 11. Mai 1977 bis 10. August 1977	7	6,72
vom 11. August 1977 bis 10. November 1977	6	5,80
vom 11. November 1977 bis 10. Februar 1978	5	4,87
vom 11. Februar 1978 bis 10. Mai 1978	4	3,92
vom 11. Mai 1978 bis 10. August 1978	3	2,96
vom 11. August 1978 bis 10. November 1978	2	1,99
vom 11. November 1978 bis 10. Februar 1979	1	1,00

**Sechste Verordnung zur Änderung
der Durchführungsbestimmungen zum Umsatzsteuergesetz.
Vom 14. August 1954.**

Auf Grund des § 18 Abs. 1 Ziff. 1 des Umsatzsteuergesetzes vom 1. September 1951 (Bundesgesetzbl. I S. 791) in der Fassung des Vierten Gesetzes zur Änderung des Umsatzsteuergesetzes vom 21. Juli 1954 (Bundesgesetzbl. I S. 211) verordnet die Bundesregierung:

§ 1

**Änderung der Durchführungsbestimmungen
zum Umsatzsteuergesetz**

Die Durchführungsbestimmungen zum Umsatzsteuergesetz in der Fassung

der Bekanntmachung vom 1. September 1951 (Bundesgesetzbl. I S. 796),

der Verordnung zur Änderung und Ergänzung der Durchführungsbestimmungen zum Umsatzsteuergesetz vom 4. Oktober 1951 (Bundesgesetzbl. I S. 861),

der Zweiten Verordnung zur Änderung der Durchführungsbestimmungen zum Umsatzsteuergesetz vom 20. Dezember 1951 (Bundesgesetzbl. I S. 984),

der Dritten Verordnung zur Änderung der Durchführungsbestimmungen zum Umsatzsteuergesetz vom 6. Mai 1952 (Bundesgesetzbl. I S. 285),

der Vierten Verordnung zur Änderung der Durchführungsbestimmungen zum Umsatzsteuergesetz vom 23. Oktober 1952 (Bundesgesetzbl. I S. 715) und

der Fünften Verordnung zur Änderung der Durchführungsbestimmungen zum Umsatzsteuergesetz vom 5. August 1953 (Bundesgesetzbl. I S. 792)

werden wie folgt geändert:

1. In § 30 Abs. 1 erhält die Ziffer 4 folgende Fassung:

„4. Getreide aller Art (§ 29 Abs. 2 Ziff. 6) getrocknet, gereinigt, begast oder Saatgetreide aufbereitet, gemischt oder gebeizt wird;“.

2. In § 30 Abs. 1 wird hinter Ziffer 4 folgende neue Ziffer 4a eingefügt:

„4a. Kartoffeln (§ 29 Abs. 2 Ziff. 7) sortiert werden;“.

3. § 57 erhält folgende Fassung:

„§ 57

Ermäßigter Steuersatz für den Großhandel

(1) Der ermäßigte Steuersatz von eins vom Hundert (§ 7 Abs. 3 des Gesetzes) ist für Lieferungen von Gegenständen, die nicht unter § 29 Abs. 2 fallen, zu gewähren, wenn jede der folgenden Voraussetzungen vorliegt:

1. Der Unternehmer muß den Gegenstand erworben haben;
2. der Unternehmer muß den Gegenstand im Großhandel geliefert haben (§ 11);
3. der Unternehmer darf den Gegenstand weder bearbeitet noch verarbeitet haben

(§ 12). Die im Absatz 2 besonders zugelassenen Bearbeitungen und Verarbeitungen schließen die Gewährung des ermäßigten Steuersatzes nicht aus;

4. die vorstehenden Voraussetzungen müssen buchmäßig nachgewiesen sein (§ 14);
5. setzt der Unternehmer Gegenstände auch außerhalb des Großhandels (§ 11 Abs. 3) um, so tritt die Steuerermäßigung für die Lieferungen im Großhandel nur dann ein, wenn im letzten vorangegangenen Kalenderjahr entweder die Lieferungen im Einzelhandel nicht mehr als 75 vom Hundert des Gesamtumsatzes nach § 1 Ziff. 1 und 2 des Gesetzes (§ 13) betragen oder die Lieferungen im Großhandel eine Million Deutsche Mark überschritten haben.

(2) Als besonders zugelassene Bearbeitung und Verarbeitung im Sinn des Absatzes 1 Ziffer 3 gilt es, wenn

1. Ölfrüchte getrocknet oder gereinigt werden;
2. Obst oder Gemüse sortiert wird;
3. landwirtschaftliches Saatgut oder Gemüsesaatgut, deren Arten in dem Artenverzeichnis (Anlage zu § 1 der Verordnung über das Artenverzeichnis vom 30. Oktober 1953 — Bundesgesetzbl. I S. 1487 —) aufgeführt sind, getrocknet, gereinigt, aufbereitet, gemischt oder gebeizt wird.“

§ 2

Berlin-Klausel

Diese Rechtsverordnung gilt nach § 14 des Dritten Überleitungsgesetzes vom 4. Januar 1952 (Bundesgesetzbl. I S. 1) in Verbindung mit § 6 des Gesetzes zur Änderung des Umsatzsteuergesetzes und des Beförderungsteuergesetzes vom 28. Juni 1951 (Bundesgesetzbl. I S. 402) und Artikel 2 des Vierten Gesetzes zur Änderung des Umsatzsteuergesetzes vom 21. Juli 1954 (Bundesgesetzbl. I S. 211) auch im Land Berlin.

§ 3

Inkrafttreten

Diese Verordnung tritt mit Wirkung vom 1. April 1954 in Kraft.

Bonn, den 14. August 1954.

Der Stellvertreter des Bundeskanzlers
Blücher

Für den Bundesminister der Finanzen
Der Bundesminister
für wirtschaftliche Zusammenarbeit
Blücher